

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 16425.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagerstraße Nr. 4. und bei allen laufenden Postanstalten des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Interessenten können für die Petitsseiten oder deren Raum 20 S. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen

1887.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 26. April.

**Der Tag der getäuschten Erwartungen**  
kann mit Recht der gesetzige Tag in den Parlamenten genannt werden. Der Reichskanzler war schon kurz nach Beginn der Abgeordnetenhausssitzung, welche sich mit der 2. Beratung des Kirchengesetzes beschäftigte, am Ministerium erschienen; aber abgelehnen von Conferenzen mit den Freikonservativen von Tiedemann-Labischin und v. Dzembowski war nichts wichtigeres zu bemerken. Der letztere gab den "nationalen" Bedenken gegen die Wirksamkeit der katholischen Orden in den polnischen Landesteilen Ausdruck, gewissermaßen um sein Gewissen zu salben, und hatte dann die Befriedigung, daß der Ministerpräsident auch öffentlich die Notwendigkeit betonte, über diese "lokalen Uebelstände" zur Tagesordnung überzugehen. Im übrigen beteiligte Fürst Bismarck sich an der Debatte in keiner Weise. Außer dem Centrum, den Polen und den Nationalliberalen stimmte wie schon aus dem telegraphischen Kammerreferat in der heutigen Morgennummer ersichtlich war, bei dem § 5 keine Partei geschlossen. Von den Freisinnigen stimmten eine Reihe von Mitgliedern, wie Richter, Springer, Dräger, für die Zulassung der Orden, der Rest gegen dieselbe, während die Partei in der dritten Lesung geschlossen gegen das Gesetz stimmte. Von den Freikonservativen stimmte ein Theil mit Ja, ein zweiter Theil mit Nein, ein dritter Theil enthielt sich der Abstimmung. Ebenso bei den Deutschconservativen.

Zum Reichstage, dessen Sitzung mit Rücksicht auf die namentliche Abstimmung im Abgeordnetenhaus erst nach 1½ Uhr begann, erschien der Reichskanzler erst nach Verlauf einer Stunde, aber die von vielen Zuhörern erwarteten Erklärungen über die allgemeine politische Lage und über den schnell verhängten worden waren. Herr Schnäbelé blieben aus. Dagegen ließ sich Fürst Bismarck, wie es schien, die in seiner Abwesenheit von Herrn v. Bennigsen gemachten sehr zutreffenden und sensationellen Bemerkungen über das Ausbleiben der Budersteuer vorlage noch einmal privat wiederholen. Wenn Staatssekretär Dr. Jacobi nicht weiß, woher das Gericht standt, daß die Budersteuerreform nicht sehr eilig betrieben werde, so kann Herr v. Bennigsen ihn darüber ohne Zweifel aufklären. Der Abg. Ritter kennt es mit Recht geradezu unbedarflich und unverantwortlich, daß sich die Regierung der Verpflichtung zur Reform dieser Steuer in solcher Weise, wie es geschieht, entzieht, und was der Staatssekretär von den Schwierigkeiten sagt, welche dem Gesetz entgegenstehen, schien nur zu bestätigen, daß diese Reform noch ganz im Dunkeln ruhe. Bekanntlich wird angekommen, die Regierung wolle der Branntweinsteuer den Vortritt lassen, weil sie fürchte, wenn es die Budersteuerreform beschlossen und damit das Deficit in der Haushalte gedeckt sei, so würden die Schwierigkeiten, welche der Reform der Branntweinsteuer entgegenstehen, nicht zu überwinden sein — eine Ansicht, die beispielhaft beweist, in parlamentarischen Kreisen vielfach gehabt wird, indem man annimmt, daß in dieser Session eine Verständigung über die Branntweinsteuer wohl kaum zu Stande kommen werde. Vorläufig haben die Verhandlungen in den Ausschüssen des Bundesrats eben erst begonnen. Der Sonnabend ist gestern eine zweite gefolgt. Ob sich aber die Annahme als zutreffend erweisen wird, daß der Gesetzentwurf schon Ende dieser Woche dem Reichstage zugehen soll, ist eine andere Frage.

Auffällig ist übrigens, daß nach der Haltung, welche die nationalliberale Partei z. B. auf dem vorgezogenen Parteitag in Leipzig eingenommen hat, die Steuervermehrung lediglich zur Deckung der militärischen Mehrausgaben dienen soll. Wenigstens hat Dr. Buhl nach den vorliegenden Berichten die Hoffnung ausgesprochen, daß die Reform der Buder- und der Branntweinsteuer "genügen" würden, die durch die Heeresverstärkung entstandenen Mehrosten zu bedenken. An sich ist das nicht überraschend, da Herr von Bennigsen allein zur Verzinsung der diesjährigen und der in Aussicht stehenden Anleihen eine Ausgabe von 33 Mill. M. berechnete.

Der Kriegsminister hält es für angezeigt, daß von Herrn Ritter gestellte Verlangen nach irgend welchen Compensationen für die weitere Steigerung der Militäraufgaben rücksichtlich abzulehnen und seine Rede mit der Widerlegung der Behauptung zu beginnen, daß die neue, wegen ihrer kolossalen Höhe überraschende Geldforderung, die sich in Wirklichkeit auf 333 Millionen beläuft, zum wenigsten eine indirekte Folge der Neuwahl sei. Natürlich hat Niemand daran gewußt, daß durch das Militärgesetz selbst die 333 Millionen, welche der Kriegsminister fordert, nicht veranlaßt seien. Man meinte nur, daß die Regierung mit ihren Forderungen nicht ganz so freigiebig gewesen sein würde, wenn sie sich nicht einer Majorität gegenüber befände, welche es bei den Wahlen für eine absolute Pflicht jedes Patrioten bezeichnet hat, militärische Mehrforderungen ohne Abschreck zu bewilligen.

Daher selbst ein erheblicher Theil der Majorität vorbehalt gegenüber dem Nachtragsetat macht, ist der erste Erfolg der überraschenden hohen Forderungen. Ob dieser Eindruck nachhaltig sein wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls beanstandete Dr. v. Bennigsen jetzt die hohen Zuflüsse, welche den süddeutschen Regierungen zu Bahnbauteien zugezogen sind.

Auf alle Fälle wird von Steuerreformen, d. h. von Erleichterung der Steuerlasten der Einzelstaaten und Communen mit Hilfe von Stichzuschüssen für's erste nicht mehr die Rede sein können.

**Der Kampf um die Volkschule**  
ist, noch ehe der Kulturmampf definitiv zum Abschluß gebracht worden, bereits in das erste Stadium getreten. Seit Jahren hat das Centrum angeläufigt,

Schule folgen werde, aber sicherlich hat Niemand daran gedacht, daß die Regierung mit Unterstützung der Conservativen und des Centrums den ersten Schritt nach dieser Richtung unternehmen werde. Und doch ist es die Regierung, welche den beiden Häusern des Landtags den Gesetzentwurf vorgelegt hat, der jede Steigerung der Ausgaben für die Volkschule von der Zustimmung der Kreisausschüsse abhängig machen soll.

Klarer als alle Auseinandersetzungen vom Ministerium des Abgeordnetenhauses sind die Erklärungen, welche Ministerpräsident Fürst Bismarck im Herrenhause über die eigentliche Tendenz dieses Gesetzes abgegeben hat. Die Schulbehörden sind diejenigen, die sich mit dem Kreuze segnen, daß sie in der Hand haben, d. h. die den Unterhaltungspflichtigen im Interesse der Schule Laufen aufzulegen, die diese zu tragen nicht in der Lage sind. Daraus ergiebt sich, daß das Gesetz vorgelegt worden ist, um die Schulläden zu erleichtern. Die städtischen Gemeinden, hat Minister v. Gobler auch im Abgeordnetenhaus erklärt, haben mehr als notwendig geleistet. Das Gesetz soll also dazu dienen, die ländlichen Gemeinden und die Großgrundbesitzer, welche an Stelle derselben zu den Schulläden herangezogen werden, gegen die bescheidenen Forderungen der Schulaufsichtsbehörden sicher zu stellen. Und dabei muß man in Betracht ziehen, daß auf dem Lande die Volkschule schon jetzt auch den normalen Anforderungen nicht entspricht. Es handelt sich also in der That um ein Gesetz, betreffend die Nichtunterhaltung der Volkschule. Minister v. Gobler hat somit eingestanden, daß er das Gesetz nicht freiwillig eingebraucht hat und daß er sich dazu nur verstanden hat in der Voraussetzung, daß nach kurzer Geltungsfrist des Gesetzes eine organische Regulirung der Schulleistungen unmöglich sein werde. Die Volksvertretung kann sich auf diesen pessimistischen Standpunkt nicht stellen. Die Leistungen, welche durch das in Rede stehende Gesetz von dem Großgrundbesitz abgelenkt werden, werden bei einer endgültigen Regulirung der Schulunterhaltungspflicht auf die Schülern der Gemeinden, oder des Staates abgewälzt werden. Das wird das einzige endgültige Ergebnis dieser Art von Gesetzgebung sein.

Als Herr v. Kleist-Röhr im Herrenhause den Antrag stellte, die Mehrleistungen, welche die Kreisausschüsse wegen Leistungsunfähigkeit der Verpflichteten abgelehnt hätten, der Staatskasse aufzuerlegen, erinnerte Fürst Bismarck daran, daß das Bessere der Feind des Guten sei; mit anderen Worten, daß die Hauptfache die Entlastung der zur Zeit Verpflichteten sei. Der Verlauf der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus hat den Beweis geöffnet, daß nur die prinzipiellen Gegner der Volkschule, die Conservativen und das Centrum, sich mit dieser Tendenz des Gesetzes befriedigen können. Ob die Herren v. Rauchhaupt und Genossen bei der Zustimmung zu dem Gesetze die "bewußte Absicht" haben, einen Rückgang der Volkschule herbeizuführen, entzieht sich jeder Diskussion. Die Herren, welche den Militärdienst höher schätzen, als den Volksschulunterricht, urtheilen in diesen Dingen nach einem anderen Maßstabe. Um so charakteristischer ist es, daß die nationalliberale Partei es nicht über sich bringen konnte, die Ablehnung des Gesetzes zu beantragen, sondern sich mit einer Billigung desselben auf 5 Jahre begnügen wollte. Aber selbst dafür fand sich keine Majorität; die conservativerclerical Majorität unterstützte mit Begeisterung jeden Vorschlag, der die preußischen Volkschulen auf ein niedrigeres Niveau herabzudrücken geeignet ist.

## Der Fall Schnäbelé

ist zwar in keine neue Phase getreten; es liegen aber einige Mitteilungen vor, von denen wir zur Erläuterung und Erweiterung der bisher bereits bekannten Notiz nehmen wollen. So wird der "Strassen-Post" über die Umtriebe Schnäbelé's geschrieben:

Allgemein verlautet, Schnäbelé sei in der That ein höchst gesichter Spion und die Seele der französischen Spionage in Elsaß-Lothringen gewesen. Schon seit einigen Jahren soll der Verdacht rege geworden sein, daß im deutschen Reichslande eine ganz plamäßige Spionage, die von Frankreich aus geleitet werde, im Betriebe sei. Es wurden nämlich in Frankreich nicht allein Einzelpläne über Einrichtungen in bietigen Forts, sondern auch von Neuerungen an Geschützen, von Schanzen, weiter Armirungspläne, Kaliberstärken und Munitionsvorräte u. s. w. fund, deren Bestehen nur durch Spionage bekannt werden konnte. Ein Verdacht, mit französischen Militärs verdeckt zu stehen, richtete sich vor zwei oder drei Jahren gegen einen Architekten Klein, der in Selenhofen, weiter Armirungspläne, Kaliberstärken und Munitionsvorräte u. s. w. fund, deren Bestehen nur durch Spionage bekannt werden konnte.

Ein Verdacht, mit französischen Militärs verdeckt zu stehen, richtete sich vor zwei oder drei Jahren gegen einen Architekten Klein, der in Selenhofen geboren, vor langer Zeit hierher gezogen war, zu verschiedenen Zeiten mit französischen Offizieren, die sich hier beim Gouvernement als solche meldeten, zusammentraf und eifrig Gespräche führte. Der Verdächtige wurde vorzeitig im Geheimen lange Monate hindurch beobachtet. Als Klein merkte, daß man auf ihn und sein Treiben aufmerksam geworden war, beschloß er, die Stadt Straßburg zu verlassen, wurde aber an der Ausfahrt verhindert, denn es erschien plötzlich die Polizei bei ihm, nahm eine Haftsucht vor und verhaftete ihn auf Grund der vorgefundene Beweise, die nicht allein seine Verbindung mit französischen Militärs und Beamten, die auf Landesgrenzen und Spionage hinwiesen, sondern auch weitere Anhaltspunkte und die Namen der weiter an den ausgeübten Verbrechen beteiligten Personen erbrachte.

Zunächst war sein Schwager, früherer Architekt und ehemaliger Fabrikant Greber aus Hagenau, wohlauf in Schiltigheim, verdächtig geworden, Festungs- und Armirungspläne herbeizubringen zu haben. Greber war bei den fortbauteien Sub-Unternehmer gewesen und hatte viele Pläne in Händen gehabt. Greber mußte aber ebenfalls Lunte gerochen haben, denn als die Polizei bei ihm vorbrach, ließ es, er sei gefangen. Aber die Polizei war auf der Hut. Außerdem die Haftsucht wichtigste Beweise, aber auch die Gewissheit geliefert batte, daß Greber ohne Geldmittel geflohen, wurde das Haus umstellt, um Greber bei seiner Flucht sofort zu verhaften. Greber erschien auch in der Nacht, um sich

mit Geldmitteln zu versehen, und wurde sofort verhaftet. Er hatte zu seiner Frau gesagt, daß es seine Absicht gewesen sei, sich in seiner Wohnung verhaftet zu lassen, da er die Überzeugung gehabt hätte, daß er die Grenze nicht erreichen könnte, da auf allen Stationen sein Bild in den Händen der Babypolizei und Gendarmen gewesen wäre. Die Verhandlungen, welche die Spione hier mit französischen Beamten und Offizieren führten, geschahen nicht immer auf der Gasse, in den Wallstraßen u. s. w., sondern auch in einem in der Kronenburgerstrasse gelegenen Café mit Bewilligung des Besitzers Ehrhardt, der von der ganzen Sache wissen mußte und deshalb auch zur Haft gebracht wurde. Die drei wurden durch Bescheid des Unterfuchtsrichters des Reichsgerichts, Landgerichtsrat Leoni, unter Haft gestellt. Nun galt es aber vornehmlich, des Anstifters habhaft zu werden, und dieser war kein anderer als der französische Grenzpolizei-Commissar Schnäbelé aus Pagny, der Eläser und hier gut bekannt war, Metz und Straßburg zuweilen besuchte und bei diesen Gelegenheiten auch im Verein mit den Generälen in Spionage mache".

Es sollen, wie auch diesem Blatte beßtigt wird, vollständige erdrückende Beweise gegen den Schnäbelé vorliegen, Beweise, die sich weiter nicht besprechen lassen.

Dass die Mehrzahl der ernsten französischen Blätter die Ruhe nicht verloren hat und das Geschrei einiger Revueblätter über Gewaltthit und Beschimpfung nichttheilte, wurde schon erwähnt. Die Handlungswise Schnäbelé's selbst betrachtet man natürlich vielviel von anderen Gesichtspunkten aus, und wenn auch ein Blatt ganz offen verlangt, Schnäbelé auch in Frankreich den Prozeß zu machen, weil er durch seine Handlungswise das Land in die Gefahr kriegerischer Verwicklungen gestürzt habe, so erriet der Polizei-commissar andererseits hohes Lob. Während die zum Glück ja nicht sehr zahl- und einflußreichen Gönner und Anhänger der "Patriotinique" vor sittlicher Entrüstung wegen angeblicher deutscher Spionage in Frankreich förmlich überhäuft waren, so erhielt der Staatssekretär für Indien, Gorff, mit, es dehne sich die rebellische Bewegung der Ghilafatstämme gegen den Emir von Afghanistan nicht weiter aus; die Truppen des Emirs hätten verschiedene erfolgreiche Gefechte mit den Rebellen gehabt.

**Cleveland's Popularität.**

Es ist interessant, zu beobachten, in welchem Grade die Popularität des Präsidenten Cleveland beständig zunimmt, trotzdem sich der Flügel der demokratischen Partei und deren Vertreter, wie z. B. die Newyorker "Sun", welche nichts gelernt und nichts vergessen, die denkbare größte Mühe geben, um alles, was zur Cleveland'schen Administration gehört, in den Augen des Volkes herabzusezen und zu verdächtigen, und das nur — weil Herr Cleveland so artig und ehrlich die bei seinem Amtsantritt dem Volke, nicht der Partei allein, gemachten Versprechungen zu erfüllen bestrebt ist. Es ist sonderbar, daß eine zahlreiche Klasse unserer öffentlichen Männer es absolut nicht einsehen will, daß die Seiten der rücksichtslosen Partei-Herrschaft auch für die Union ein überwundener Standpunkt sind und daß die Stärke eines Beamten und einer Partei nur in dem Vertrauen liegt, welches sie sich durch ihre Handlungen resp. Bestrebungen bei der Volksmasse erworben. Seitens der strammen demokratischen Parteigänger und der professionellen Politiker wird Herrn Cleveland beständig, außer seinen Reform-Bemühungen, vorgeworfen, daß er sich nicht genug um seine Partei, welche ihn in's Weiße Haus gebracht, kümmere, d. h. nicht mit den Demokraten durch Dick und Dünn gehe und alles, was dieselben von ihm verlangen, thue. Dieser Vorwurf ist es aber gerade, welcher dem Präsidenten so viele Sympathie in der ersten Hälfte seines Amts-Termines verschafft hat und ihm täglich neue Anhänger zuführt.

**Reichstag.**

20. Sitzung vom 25. April.

Erste Beratung der Gesetzentwürfe betreffend den Nachtragsetat für 1887/88 und die Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres und für die Verstärkung des deutschen Eisenbahngesetzes im Interesse der Landesverteidigung.

Kriegsminister Bronhart v. Schellendorf: Der Ihnen vorgelegte Nachtragsetat hat allgemeine Überraschung hervorgerufen wegen seiner Höhe. (Sehr richtig! links.) In der Presse ist gelagert, daß nun mit diesem mächtigen Etat das deutsche Volk ernste, was durch den Beschluss des Reichstages, durch welchen die Heeresverstärkung zu Stande gekommen ist, gesetzt worden ist. Dies ist ein gewaltiger Irrthum. Ich werde nachweisen, daß die durch die Heeresverstärkung unmittelbar erwachsenen dauernden und einmaligen Ausgaben sich unterhalb derjenigen Summen halten, welche als Ihnen dies Gesetz vorgelegt wurde, veranschlagt worden waren. Der Nachtragsetat fordert etwa 176 Millionen, davon dauernd etwa 19½ Mill., einmalige Ausgaben 156½ Millionen. In den dauernden Ausgaben sind enthalten ½ Mill. für die Verzinsung der Schulden, so daß für die reinen Militärausgaben dauernd bleiben 18½ Mill. Hierzu sind noch ½ Mill. abzurechnen für Ausgaben, die nicht mit der Heeresverstärkung in unmittelbarem Zusammenhang stehen, so daß rund 18 Mill. für den dauernden Etat der Heeresverstärkung zur Last zu stellen sind. Nun sind aber nach dem Etat von 1887/88 erhebliche Summen für Manquements als Ersparnisse zurückgerechnet, welche schon zum großen Theil im Etat 1888/89 verlöschten werden, so daß also dann eine dauernde Belastung des Etats durch die Heeresverstärkung von 21½ Millionen Mark anzunehmen ist.

"Wie verengt sich unser Gesichtskreis, wenn Österreich von uns ausgeschieden ist! Die westlichen Hochgebirge weichen zurück, die volle und breite Donau spiegelt nicht mehr deutsche Ufer."

So damals der großdeutsche Umland. Fast vierzig Jahre sind darüber hingegangen. Eine gesetzliche Notwendigkeit hat sich vollzogen, der die Deutschen Österreichs — zwar mit Sorgen und Bedenken — sich fügen lernten. Noch spiegelt die Donau in Österreichische Ufer und Eisenbahnen 27½ Mill. Mark. Dazu kommen für die Heeresverstärkung übrig 126½ Mill. Dana bleiben für die Heeresverstärkung mit 7½ Mill. Mark, so daß die Kosten der Heeresverstärkung in einmaligen Ausgaben

sich auf etwa 25 Mill. M. beisammen. 24 200 000 M. sollten für Eisenbahnen, Lazarets und Magazinseinrichtungen ausgegeben werden. Davon werden über nur 22 Mill. M. ausgegeben, so daß wir hinter dem ursprünglichen Anschluß um 2½ Mill. zurückbleiben sind. Im Ganzen würden Sie jetzt über eine Summe von 231 Mill. Mark Beschuß zu fassen haben. Diese Summe ist eine große, wie auch den Regierungen anerkannt wird; wir sind gern bereit, in der Commission die nötige Auskunft darüber zu geben. Wir halten aber die Forderung für notwendig im Interesse der gesteigerten Schlagfertigkeit des Heeres, da die gegenwärtige Zeit nicht dazu angemessen ist, derartige Ausgaben zurückzustellen.

Abg. v. Bennigsen (nat. lib.): Der Kriegsminister hat bereits auf die großen Zahlen hingewiesen, um welche es sich bei der Vorlage handelt. Unter diesen Umständen wird eine Prüfung im Plenum gar nicht möglich sein. Ich beantrage, die Vorlage und das Anliegegebot der Budgetcommission zu überweisen. Die Motivierung in den beigegebenen Auseinandelen ist keineswegs aufreichend. Das ist aber erklärlich, weil es sich hier um Dinge handelt, die sich der öffentlichen Darlegung entziehen. (Sehr richtig!) Ich hoffe aber, daß die erforderlichen Mittheilungen der Commission in vertraulicher Form und in dem Umfang gegeben werden, daß eine Übersicht möglich ist. Das bezieht sich namentlich auf die Forderungen für Eisenbahnen. Die Höhe der den einzelnen Staaten für den Bau von Eisenbahnen und zweiten Geleisen vom Reiche zu zahlenden Entgelte ist eine außerordentlich verschiedene. Diese Verchiedenheit wird näher zu prüfen sein. Ferner werden wir nicht umhin können, uns zu vergegenwärtigen, daß wir über kurz oder lang für die Deckung der neuen Ausgaben sorgen müssen. Die Finanzlage im Reiche und in den einzelnen Staaten ist keineswegs eine verzweifelte. Im Augenblick aber sind wir nicht in der Lage, die Deckung parat zu stellen. Von den Matricularbeiträgen mit 23 Mill. M. fallen auf Preußen allein 18 Mill. M. Unter diesen Umständen möchte ich die Regierung bitten, baldmöglichst mit denjenigen Arbeiten abzuschließen, welche uns zur Verbesserung der Mittel im Reiche noch in dieser Session vorgelegt werden sollen. Zu meiner größten Bewunderung hat sich das Gericht verrietet, daß die Budersteuer in dieser Session nicht mehr an das Haushaltsgesetz gelangen soll. Die Erledigung der Budersteuervorlage ist in technischer Beziehung viel leichter als die der Brannesteuer vorlage. Im übrigen kann ich nur wünschen und dort die notwendigen Mittel für eine dauernde Stärkung der Wehrhaftigkeit Deutschlands zu bewilligen, auf daß wir gerüstet sind gegen jeden Angriff und auf daß unsere Rüstungen die Angriffslist unserer Nachbarn eindringen mögen! (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Staatssekretär Jacobi: Die Steuervorlagen sind in Vorberatung; die Vorberatung soll thutwillig beschleunigt werden. Auch die Frage der Budersteuer soll in Arbeit gesogen werden; aber es läßt sich noch nicht übersehen, wann diese Frage erledigt werden kann.

Abg. v. Maltzahn-Götz (conf.): Ich habe eine gründliche Prüfung der sehr bedeutenden Forderungen für notwendig. Bedauerlich sei, daß die Frage der Deckung noch nicht berücksichtigt ist. Denn es sei nicht gebräuchlich, daß die Ausgaben für das Militär ganz auf das Extraordinarium geworfen und durch Anteilen gedekt werden. Angeblich der hohen Belastung ist es notwendig, die Deckung auf dieselben Weise zu verschaffen, die das Land am wenigsten drückt.

Abg. Ritter: Der Kriegsminister hat zutreffend vorweggenommen, daß die Vorlage wegen der Höhe der Summe überall eine große Überraschung hervorgerufen hat. Er hat aber leider nicht erklärt, weshalb er bei der Beratung der Vorlage weder im Plenum, noch in der Commission von den großen Aufwendungen, die er jetzt verlangt, gesprochen hat. Zweifellos mußte die Kriegsverwaltung damals doch schon wissen, daß der größte Theil dieser 233 Millionen verlangt werden würde. Trotzdem hat man geschwiegen, und das ist ein Grund gerechtfertigter Belästigung. Man müßte der Vertretung des Volkes und dem Volke selbst klaren Wein einschenken, welche Opfer dem letzteren zugemutet werden. Ueberdies glaube ich auch nicht, daß diese 233 Mill. das lezte Wort sind. Ich habe an anderer Stelle schon auf die zukünftige Forderung der Marineverwaltung hingewiesen, und der Kriegsminister wird gewiß auch noch mehr fordern. Wenn hr. v. Bennigsen hervorhebt, daß die finanzielle Lage Deutschlands noch günstig gegenüber anderen Ländern ist, so freue ich mich mit ihm dieser Thatache. Wir sind in mancher Beziehung günstiger gestellt, wie andere Länder, aber vergessen wir nicht, daß selbst eine Autorität, wie Graf Moltke, bei der Militärvorlage gefragt hat, daß es nicht so weiter in Europa gehe, daß wenn die einzelnen Staaten sich so weiter höher schrauben in Bezug auf die Militäraufwendungen, selbst reiche Länder die Opfer nicht zu tragen im Stande wären. Deutschland aber hat um so mehr Grund, zurückhaltend zu sein, als es noch immer bezüglich seiner finanziellen Leistungsfähigkeit hinter Frankreich und England steht, und bedarf gerade in der gegenwärtigen Epoche der Anspannung der wirtschaftlichen Kräfte einer Schonung vor zu großer Steuerbelastung. Die Militärvorstellung muß deshalb darauf bedacht sein, nach irgend einer Seite hin Compensationen zu schaffen, was ich aber bis jetzt nicht habe finden können. Bezuglich der gegenwärtigen Vorlage hat hr. v. Bennigsen derselbe in sehr milder Weise, hervorgehoben, daß dem Reichstag eine so wenig motivierte Vorlage kaum je zugegangen ist. Einmal mehr hätte der Kriegsminister in der That in den Motiven schon lügen können, wenn er auch nicht alle Forderungen öffentlich ausführlich begründen durfte. Die Eisenbahnforderungen sind in dieser Beziehung sicherlich stiftsmittelhaft behandelt, und doch werden dafür große Summen verlangt. Die finanziellen Consequenzen sind heute noch gar nicht zu übersehen. Es wird hier ein ganz neues Principe von Reichsschuldsätzen eingeführt nach einer willkürlichen Schädigung, für die die Mithilfe keinerlei Maßstab angeben. Nicht bloß die Motivierung, sondern auch die Beschreibung der Bahnen selbst ist äußerst dürfsig. Das war doch nicht notwendig vor dem Auslande. Mit einiger Mühe wird man sich dort aus dem Staat selbst die Überlast machen können, die man dem Reichstage von Anfang an hätte geben müssen. Nun fragt ich aber den Kriegsminister: Wird die Vorlage nicht die Consequenzen haben, daß z. B. auch die preußischen Bahnen, die an der Grenze liegen, ebenfalls für Militärzwecke auf Reichsschulden vervollständigt werden wollen? Dann kann es sich um Hunderte von Millionen handeln, wer wird die Kosten tragen? Doch nicht Preußen. Was den Herren Süddeutschen gewährt wird, muß uns Preußen auch gewährt werden. Herr v. Bennigsen hat mit Recht darüber geklagt, daß die Regierung in dem Augenblick, wo sie so große Militärforderungen stellt, mit ihren Steuerreformanträgen noch immer nicht fertig ist. Auch er hat seine Bewunderung darüber ausgedehnt, daß trotz der zehnjährigen Wahlungen — jetzt bequem sich erfreulicher Weise und die Rechte dazu — die Budersteuer noch immer weiter verschärfzt, und daß man jetzt aus taktischen Gründen sie wieder hinter die Brannesteuervorlage zurückgestellt hat. Die Erklärung des Schäferseiters, daß man fortgesetzt bemüht sei, die Schwierigkeiten zu überwinden, kann den Trost für uns sein. Dasselbe haben die Herren vor der Regierung uns seit 10 Jahren gelagt, und dabei ist die Budersteuer verfallen. Die Regierung trägt dafür die Verantwortung. Es ist in der That unverantwortlich, daß diese heilige Wehrhaftigkeit noch weiter besteht, eine Steuer, die große Erräge erzielt hat, gänzlich eingehen zu lassen und das Ausland auf Kosten der deutschen Steuerzahler billigen Buden essen zu lassen. Woran fehlt es denn, wenn ich fragen darf, bei der Vollendung der Vorlage? Welche Schwierigkeiten sind noch zu überwinden? Glaubt man denn, daß die Interessenten, die das Geld auf Kosten der Allgemeinheit in ihre Tasche stecken, Ihnen entgegenkommen werden, daß sie eine eigentliche Budersteuer beantragen werden? Wahrscheinlich, dieser abnorme Zustand hat lange genug gedauert. (Sehr richtig! lins.) Auf die Brannesteuer gehe ich nicht ein; wir erwarten mit Geduld und Spannung, wie sich die verbliebenen Interessen ausgleichen werden. Hier sind wohl noch Schwierigkeiten zu überwinden. Ich würde Ihnen gratulieren, wenn es

gelänge, eine Vorlage herauszubekommen, die in gleicher Weise die Zustimmung des Drn. v. Bennigsen und die des Hrn. v. Werbach hände. Vorläufig sehe ich den Weg doch noch nicht. Hoffentlich wird man davor zurücktreten, auch hier eine Dotation der Interessenten einzutragen zu lassen. Mit dieser Vorlage hat die Commission eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Das unbedingt notwendig ist, muß natürlich gewahrt werden, aber dringender und dringender muß die Forderung an den Kriegsminister gestellt werden, finanzielle Compensationen auf andere Theile des Staats zu geben, oder wenigstens Compensationen in Erleichterung der persönlichen Lasten des Militärdienstes. Das ist möglich ist, habe ich ans den früheren Aussführungen des Kriegsministers selbst gesehen. Man mache endlich einmal damit den Anfang. Die vorläufigste Erhöhung der Militärlast im bisherigen Maßstabe muß notwendigerweise weitere finanzielle Belastungen erfordern. Wenn, wie sich das an den Schulen gezeigt hat, die Gutsbesitzer und Gemeinden sich außer Stande erklären, diese Lasten auf sich zu nehmen, wenn man in der Steuererhebung nicht beran will, die vermögenden Klassen in höherem Maße heranzuziehen, was bleibt dann übrig, als die armere Bevölkerung? Unsere Erwerbsverhältnisse sind aber derart, daß wir immer höhere Steuern gerade auf diese werfen. Man überschlägt die Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht. (Beifall links.)

Kriegsminister: Ich habe keine Veranlassung gehabt, die Vorlage dieser Forderungen zu verjüngen. Über die Vorlage war damals nicht fertig. Wenn seit Annahme des Militär-Gesetzes bei anderen Armen große Aufwendungen auf diesem Gebiete gemacht werden, so ist das ein Grund mehr für die Vorlage. Der Vorredner hat die ungernsthafte Motivierung bestätigt. Wir könnten keinen Grundlos finden, nach welchen wir zum Beispiel die Buschfeste für die Eisenbahnen bemessen haben. Vielleicht ist die Commission dazu im Stande, wie haben uns vergleichlich bemüht. Was die Compensationen betrifft, auf welche der Vorredner im Anschluß an die früheren Verhandlungen verweist, so muß hervorgehoben werden, daß eine Verkürzung der Dienstzeit der Infanterie nicht möglich ist. Die Schuhweite der Artillerie hat sich vergrößert, das Verhältniß hat sich verschoben zu Ungunsten der Infanterie, die Schwierigkeiten haben sich etwas verbreitert. Gegenüber diesen Veränderungen ist es nicht möglich, eine Verkürzung der Dienstzeit herzustellen. Solchen Anforderungen gegenüber muß die Infanterie gestärkt und gestärkt werden; und das ist nur in längerer Dienstzeit zu erreichen. (Schluß in der Beilage.)

#### Deutschland.

■ Berlin, 25. April. Kaiser Wilhelm erledigte in ähnlicher Weise die laufenden Angelegenheiten und empfing um 12 Uhr Mittags den aus Rom hier eingetroffenen Präidenten der italienischen Waldenser-Gemeinde, Chevalier Matteo Prochet, in Privataudienz. Vor dem Diner unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt durch den Tiergarten.

■ Berlin, 25. April. Auch die Berufsgenossenschaften haben bekanntlich dem Kaiser zu seinem neunzigsten Geburtstage eine Glückwunschrundreise gewidmet. Daraufhin ist dem Präidenten des Reichsversicherungsamtes, Herrn Böddiker, folgendes Dankesbrief zugegangen:

Berlin, den 4. April 1887.  
Ew. Hochwohlgeboren beobachtet mich auf das geschildige Schreiben vom 19. d. M. ergeben zu erwiedern, daß Sr. Majestät dem Kaiser und Könige die Adresse der deutschen Berufsgenossenschaften zum Allerhöchsten Geburtstage von mir vorgelegt worden ist. Seine Majestät haben sich über diese Huldigung sehr gefreut und den Wunsch ausgedrückt, daß den Einzelnden für ihre Aufrichtigkeit der Allerhöchste Dank, zugleich aber für die kunstvoll äußere Ausstattung der Adresse Sr. Majestät Anerkennung noch besonders ausgedrückt werden möge. (gez von Witowsky.)

\* [Prinz Heinrich] sollte nach einer dieser Tage circulierenden Meldung das Rittergut Ahrensburg bei Oldesloe gekauft haben, was jetzt von der „Kreuzzug.“ dementiert wird.

\* [Der freicons. Abg. Lohren] liegt schwer an einer Lungenerkrankung darnieder.

\* [Graf Münster], der seit gestern in Berlin anwesende deutsche Botschafter in Paris, ist dem Vernehmen der „Kreuzzug.“ nach, von einem Unwohlsein betroffen worden und wird daher wahrscheinlich seinen Aufenthalt in Berlin etwas verlängern müssen.

\* [Graf Pfeil und Dr. Peters.] Anlässlich des dieser Tage gemeldeten Rücktritts des Grafen Pfeil von dem Posten als Generalvertreter der österr.-ungarischen Gesellschaft in Somalia-Land spricht sich Herr Friedrich Lange, der früher zu der Gesellschaft in sehr nahen Beziehungen stand, für eine innere Reform in der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft aus. „Nach seiner Kenntnis des Grafen Pfeil und seines unverdrossenen, ernsthaften und jede Reklame abweisenden Wirtens“, so schreibt Herr Lange, „war es nur eine Frage der Zeit, daß ein solcher Mann in seinem schlichten, wahrheitsfertigen Weise mit einem Erfahren in Widerspruch kommen mußte, das sich ganz maklos zeigte in theatralischer Aufmachung noch unfertiger Erfolge und mehr oder weniger alle Erwagungen und Entwicklungen unter den Gesichtspunkten der Reklame bringt.“ — Das ist eine bittere Bille für Herrn Peters.

\* [Bismarck-Cultus.] Der „Kön. Botschaft.“ wird geschrieben: „Als in der Freitag-Sitzung des Abgeordnetenhauses der Reichskanzler kaum seinem Platz den Rücken gelebt hatte, um das Haus zu verlassen, sah man einen langen Arm über die Ministerbank sich strecken und den langen Bleistift ergriffen, dessen Fürst Bismarck während der Verhandlung sich bedient hatte. Der Stift verschwand demnächst in der Bude des Abgeordneten für Tellinghofst. Unmittelbar darauf erblickte man den vom Reichskanzler benutzten Sägesel in der triumphirenden Hand des Abgeordneten für den schleswigschleswig-holsteinischen Wahlkreis. Der fast gleichzeitig eintretende Diener des Kanzlers schien beim Abräumen beides zu vermissen, berührte sich aber. Einem unverbürgten Gerichte folgte ein dritter Abgeordneter mit seinen Lippen das Glas berührt haben, aus welchem Fürst Bismarck früher Cognac mit Wasser zu trinken pflegte, seit Schwenninger oder Moselwein in kräftigen Zügen trank.“ \* [Eine wichtige Streitfrage] wird durch einen Strafantrag wieder angezeigt, den die „Volkszeit.“ gegen den Fürsten Bismarck gestellt hat. Das genannte Blatt ist wegen eines Artikels über das herrschende sozialpolitische System der Beleidigung des Reichskanzlers angeklagt und hat nun seinerseits gegen den letzteren Strafantrag gestellt, weil derselbe in der Reichstagsitzung vom 13. Januar d. J. die „Volks-Zeitung“ und besonders deren verantwortlicher Redakteur in einer außergewöhnlich schweren Weise beleidigt haben soll. Der Erste Staatsanwalt des Landgerichts hat indes den Antrag in folgendem Schreiben zurückgewiesen:

Auf Ihren Strafantrag vom 6. April d. J. gegen den Herrn Reichskanzler Fürsten v. Bismarck wegen Beleidigung, benachrichtige ich Sie, daß seine Durchsucht als General der Cavallerie der Militärgerichtsbarkeit untersteht und ich deshalb nicht zuständig bin, in der Sache selbst zu befinden.

Die „Volkszeit.“ macht dem gegenüber geltend, Fürst Bismarck habe niemals bei der Fahne als General Dienste geleistet, und seine militärischen Chargen seien lediglich Titel; er über dem auch, wie männlich bekannt, regelmäßig sein Wahlrecht aus, was Militärpersönlichkeit nicht zustehe.

„Also entweder“, sagt die „Volkszeit.“, „der Reichskanzler ist „Militärpionier“ oder nicht. Ist er es, so darf er nicht zum Reichstag wählen, ist er es nicht, so wird die Ansicht der Staatsanwaltschaft hinfällig, und er wird uns, wie er selbst sagt, vor dem Richter Recht zu stehen haben.“

Dieser Auffassung soll zunächst in einer Beschwerde an die Oberstaatsanwaltschaft Ausdruck gegeben werden. Sollte die Antwort derselben ebenso aus, wie jene des Ersten Staatsanwalts, so werde das Kammergericht darüber zu befinden haben. Sollte auch dieses die Beschwerde abweisen, so werde man das Militärgericht anrufen müssen; man würde dann ja sehen, welches Maß von Rechtschutz das Militärgericht den bürgerlichen Staatsangehörigen zu gewähren in der Lage und Willens ist.

\* [Evangelische Mission in Ostafrika.] Nachdem Dr. Peters in Rom die Zusage erhalten hat, daß zwölf katholische Missionare nach Ostafrika geschickt werden, auch hier eine Dotation der Interessenten einzutragen zu lassen. Mit dieser Vorlage hat die Commission eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Das unbedingt notwendig ist, muß natürlich gewahrt werden, aber dringender und dringender muß die Forderung an den Kriegsminister gestellt werden, finanzielle Compensationen auf andere Theile des Staats zu geben, oder wenigstens Compensationen in Erleichterung der persönlichen Lasten des Militärdienstes. Das ist möglich ist, habe ich ans den früheren Aussführungen des Kriegsministers selbst gesehen. Man mache endlich einmal damit den Anfang. Die vorläufigste Erhöhung der Militärlast im bisherigen Maßstabe muß notwendigerweise weitere finanzielle Belastungen erfordern. Wenn, wie sich das an den Schulen gezeigt hat, die Gutsbesitzer und Gemeinden sich außer Stande erklären, diese Lasten auf sich zu nehmen, wenn man in der Steuererhebung nicht beran will, die vermögenden Klassen in höherem Maße heranzuziehen, was bleibt dann übrig, als die armere Bevölkerung?

■ [Steuerannahme der Reichslast im Jahre 1886/87 aus Böllen und Steuern.] Nachdem

Dr. Peters in Rom die Zusage erhalten hat, daß zwölf katholische Missionare nach Ostafrika geschickt werden, auch hier eine Dotation der Interessenten einzutragen zu lassen.

■ [Wetter-Aussichten für Mittwoch, 27. April, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Wettermöglichkeit bei schwachem Wind mit wenig veränderter Temperatur.

\* [Ausstellung von Lehrlings-Arbeiten.] Auf Veranlassung des hiesigen Innungs-Ausschusses wird in den Tagen vom 6. bis 8. Mai in dem Festsaale des hiesigen Stadttheaters und, so weit nötig, in den Nebenräumen eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten stattfinden, von der auch die schon erwähnte Lehrlingsarbeiter-Ausstellung des Schuhmacher-Gewerks, die ebenfalls bis zu jenem Termin verschoben ist, einen Theil bilden wird. Insgesamt sind bis jetzt bei dieser Ausstellung 15 Gewerke beteiligt, nämlich die Bau-Innung, die Innungen der Böttcher, Blockmacher, Drechsler, Glaser, Klempner, Schlosser, Schneider, Schuhmacher und Stellmacher. Die betreffenden Fachschulen werden voraussichtlich ebenfalls vertreten sein. Bei der Prämierung werden, wie bisher, eine Anzahl Staatspreise zur Vertheilung kommen.

L. I. Eine Fata Morgana wird am Sonntag Nachmittag 4 Uhr 15 Minuten von Westerplatte aus beobachtet. Anfangs glaubte man die Halbinsel Helgoland aus dem Horizont emporwachsen zu sehen; mit zunehmender Deutlichkeit trat jedoch der Strand von Sopot und Dina mit der Kinderheilstätte und Hochwasser deutlich aus der See heraus in einer scheinbaren Entfernung von einer halben bis ganzen Meile. Die Errscheinung hielt sich etwa 5 Minuten lang deutlich und verschwand dann langsam ebenso nebelhaft, wie sie gekommen war.

\* [Personalien.] Der Oberförster Dielik zu Buchberg ist auf die durch den Tod des Oberförsters Kallenbach erledigte Oberförsterstelle zu Sobibor im Regierungsbezirk Danzig und der Forstmeister Hirschfeld zu Königsberg auf die durch den Tod des Forstmeisters Gödkins erledigte Forstmeisterstelle Magdeburg-Les-

zien verlost worden.

\* [Publizums-Teilgabe.] Auf den heutigen Tag fällt bekanntlich das 10jährige Geburtstagsjubiläum Ludwigs II. an. Eine schöne Teilgabe hat aus dieser Veranlassung die Cottolashandlung dem Adenauer für das gute Recht und die Freiheit der deutschen Nation stets energisch eintretenden Dichter gewidmet mit einem seine sämtlichen poetischen Werke enthaltenden Schäßlein.

\* [Der bayerisch-ungarische Handelsverein Danzig] wird Dienstag, 3. Mai, Mittags 12 Uhr, im Schlosshaus zu Dirschau seine Hauptversammlung abhalten. Davorgegangen aus dem 1881 gegründeten Verein Danziger Kreis, hat der selbe in den drei Jahren seines Bestehens sich bis jetzt auf neuen Kreise der Provinz ausgedehnt und zählt 29 Zweigvereine mit 555 Mitgliedern. Der im vorigen Jahre zum ersten Male von derselben veranstaltete Lehrkursus für Lehrer unter Leitung des ersten Lehrers und Organisten Lützen in Dina wird auch in diesem Jahre stattfinden. Der Herr Oberpräsident hat für den Kursus 650 M. Staatsbeiträge gehabt. Von den zahlreichen Bewerbern werden mit Verdächtigung der verschiedenen Kreise auf der Hauptversammlung zehn Theilnehmer berufen, welche jeder 30 M. Lagesalter und die Fahrkosten bis zur Höhe von 15 M. erhalten. Außerdem sind den Haupt-Vereinen aus Staatsbeiträgen für Instructionstreisen 250 M. und zu Beihilfen an die Zweigvereine 450 M. zugesetzt. Das reiche Wachsthum des Kreises, besonders im vorigen Jahre, legt demselben um so größere Verantwortung auf, die Zweigvereine zu wirken. Da Dirschau auch von den entferntesten Kreisen ohne größere Kosten und Zeitaufwand zu erreichen ist, so ist eine rege Beteiligung an der Hauptversammlung, welcher auch Nichtmitglieder Btitrat haben, zu erwarten.

\* [Strafammer.] In der heutigen Sitzung kam die hier schon einmal abgeurtheilte, durch die sie begleitenden Umstände recht interessant sich gestaltende Anklage gegen Freiheitsberaubung gegen den Königl. Schuhmann Bernhard Heinrich wiederholte zur Verhandlung. Angeklagter ist bereits zweimal wegen Beleidigung mit 15 resp. 20 M. bestraft. Gegen denselben lag in letzter Zeit die Anklage wegen Überschreitung seiner Amtszeit und Freiheitsberaubung vor; derselbe wurde aber in zwei dieser Anklagefälle bereits am 31. März resp. 16. April d. J. von der hiesigen Strafammer freigesprochen. In der heutigen Sitzung über die wir s. B. ansässlich berichtet haben, wurde d. Sch. von der hiesigen Strafammer an vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Gegen dieses Urteil legte er die Revision mit Erfolg ein, denn das Reichsgericht hob jenes Erkenntnis auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung hierher zurück. Im Ganzen sind nun heute 34 Zeugen vorgeladen, und während der Verhandlung beantragt, die 1. Staatsanwaltschaft noch, den Hrn. Polizeivrästenden Heinrich vorzuladen, damit dieser über die Instruktion der Schuhmutter Auskunft ertheile. Diesem Antrage gab der Gerichtshof Folge. Der Angeklagte ist bereits seit dem 9. September d. J. vom Dienste suspendirt und auf halbes Gehalt gestellt. Der Sachverhalt, um den es sich heute handelt, ist kurz folgender: Am 2. Juni 1885, Abends 10½ Uhr, will der Angeklagte bemerkten haben, daß fünf Herren vor dem Hause Häusergasse Nr. 5/60 junge Damen belästigt hätten. Bei der Anforderung, dieses zu unterlaufen und sich nach Hause zu begeben, will d. Sch. durch verschiedene Bemerkungen verhindert werden, um wodurch er sich veranlaßt gesehen habe, zwei Wachtmeister zu Hilfe zu rufen und die fünf Herren zu verbachten und nach dem Arrestmiedethurm zu transportieren. Letztere haben zum Theil zengeniedlich bemerkt, daß sie mit einer ihnen bekannten jungen Dame nur einige Scherzworte gewechselt, daß sie den dabei ziemlich scharf einbrechenden Schuhmann auch nicht verhöhnt, sondern nur über die Angelegenheit hätten aufklären wollen. Die Anklage, deren Erhebung früher von der Staatsanwaltschaft und Oberstaatsanwaltschaft abgelehnt ist, dann aber auf Verhältnis des Strafamts beim Oberlandesgericht zu Marienwerder erhoben werden mußte, erklärt mindestens die durch Heinrich vorgenommene Verhaftung der 5 Herren sic nicht



Freie religiöse Gemeinde.  
Mittwoch, 27. April, 8 Uhr Abends,  
im Saale des Gewerbehauses: Vor-  
trag des Herrn Prediger Höckner über  
Ludwig Uhland (geb. 26. April 1787).  
Der Eintritt ist jedem gestattet.

Statt jeder besonderen  
Meldung.

Die heute Nachmittags 5 Uhr  
erfolgte glückliche Geburt eines  
Knaben zeigen ergebenst an  
Thorn, 24. April 1887.

vom Mirbach  
7802 und Frau  
geb. Bieselst.

Todesanzeige.

Nach langen schweren Leiden entris-  
tus der bittre Tod meine liebe gute  
Frau und forschame Mutter

Bertha Kriesen  
geb. Danke  
im Alter von 34 Jahren.  
Kaufmann Julius Kriesen  
und Sohn.

Die Beerdigung findet vom Sterbe-  
haus Burgstraße 12 nach dem St.  
Johanniskirchhofe, Donnerstag den  
23. d. M. Nachmittags 4 Uhr statt.



Dampfer „Thorn“  
Capt. J. Voigt lädt bis Donnerstag  
den 28. er. in der Stadt und in  
Neufahrwasser nach  
Gulf, Thorn und Wloclawek  
zu billigsten Frachten.

Ölter werden stets angenommen.  
Dampfer-Gesellschaft

,Fortuna“,  
Schäferei Nr. 18.

Nach Leith

laden Ende dieser, Anfang nächster  
Woche die Dampfer:  
„Avance“, Capt. Tüchsen,  
„Union“, Capt. Clausen. (7842)

Güter-Anmeldungen erbitten

Wilh. Ganswindt.

Nach Bremen

lädt diese Woche D. „Eider“, Capt.  
Haber, und erbitten prompte Güter-  
Anmeldungen (7821)

Aug. Wolff & Co.

Marienburger Schlossbau-  
Lotterie, Hauptgewinn A. 20 000,  
Loose A. 3.

Loose der Königsberg. Pferde-  
Lotterie a. A. 3.

Loose der Marienburg. Pferde-  
Lotterie a. A. 3. (7836)

Loose der Weimar'schen  
Lotterie, Serie I. a. A. 1,

Serie I. u. II. a. A. 2.

Looseder Pommerschen Lotte-  
rie, a. A. 1.

Allerletzte Ulmer Münster-  
ba - Lotterie, Hauptgewinn

A. 75 000, Loose a. A. 8,50 bei

Th. Bertling, Gorbergasse 2.

Im Verlage von W. G. Hartig in  
Möhrenburg ist soeben erschienen:

80 Kirchenlieder,

8 geistliche Volkslieder,  
20 Melodienexte

für den Schulgebrauch ausgewählt aus  
dem neuen evangelischen Gesangbuch  
für Ost- und Westpreußen.

Preis 20 Pf.

Gegen Einsendung von 10 Pf. in

Briefmarken erfolgt ein Proberemplar

franco. (7819)

Das bekannte und in Folge seines  
einfachen und redlichen Verfahrens  
gut renommierte Hypothekengeschäft  
von W. Mattfeldt-Bremen hat mich  
beauftragt Darlehen - Vermittlungen  
zu übernehmen.

Darlehennehmende, welche Kapitalien  
auf 4 bis 4½ % für ihre Gründungs-  
stätte wünschen, mögen sich mit Ber-  
trauen an den Unterzeichneten wenden.

Junkertroyl bei Steegen,

im April 1887.

P. G. Littkemann.

Während der  
Sommerzeit!

Wichtig für Herren, deren Frauen  
resp. Angehörige nach Boppot oder  
anderen Bädern gehen. (7841)

Kein Weinzwang.

Vom 1. Mai richtet ich einen  
Mittagstisch ein, Haussaumstock, vier  
Gänge, A. 1., wozu ergebenst einzuladen.

A. Schroeder,

Hôtel d'Oliva.

Fetten Räucherlachs

frisch aus dem Rauch in ganzen  
Hälften und ausgeschnitten empfiehlt  
billigst.

Carl Köhn,

Bors. Graben 45, Ecke Melzergasse.

Allerfeinstes Räucherlachs

in ganzen Hälften, 1,50 per St., ausge-  
wogen 1,70 per St., Feinstes Caviar,  
1,30 und 1,40 per St., sowie alle Arten  
Salzheringe zu billigen Preisen in d.  
Heringshandlung Tobiasgasse u. Fisch-  
markte Nr. 12 bei Cohn. (7830)

Allein=Verkauf

Nameless Cigarren!

Die so schnell beliebt gewordenen  
Nameless-Cigarren, Sumatra, Zigarren,  
Havana pro 100 Stück 6 A., offizielle  
Räucherlachs einer Qualität - Cigarre  
angelegt. (7833)

R. Martens Nachfolger,

Otto Büttner,

Brotbänkengasse Nr. 9.

# Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazins von S. Eifert, Langgasse 24, 1. Etage.

Das Lokal ist per 1. Juni cr. zu vermieten.

## Gelegenheitskauf.

Einen großen Posten reinwollener carriert u. glatter moderner Kleiderstoffe

empfehlen bedeutend unter Preis.

n. a. Reine Wolle, 100 Ctm. breit, per Meter Mk. 1,10.

S. Hirschwald & Co.,

Magazin für Manufactur-, Mode- und Seidenwaaren,

79. Langgasse 79. (7822)

Lenkoyen-Wäzzen,  
sehr schön und kräftig, sowie hoch-  
flämige Wäzzen in schönen Sorten,  
empfiehlt.

Otto F. Bauer,  
Nengarten 31. (7773)

Die  
Holz-Jalousie-Fabrik  
von (5864)

C. Steudel, Fleischberg, 72



empfiehlt ihre seit Jahren bekannten  
und bewährten Holz-Jalousien in allen  
Neuheiten zu den billigsten Preisen.  
Price-courant gratis und franco.

Damen-Costüme

werden nach den neuesten Modellen  
und bekanntem Geschmack schnell und  
sauber zu festen Preisen angefertigt.

J. Blendowska,

Modistin,

Gr. Scharmachergasse Nr. 9.  
Dasselb. können noch einige junge  
Damen das Mannequin und Zu-  
schniden d. Damengarderobe erlernen.

Ein Piano von schönem Ton ist  
billig zu verm. 1. Dunn 10. III.

Tüchtige, selbstständige

Mäntel- u. Costüme-  
Arbeiterinnen

werden gefücht von (7829)

Glese & Katterfeldt.

Erfahrene Landwirtbinnen mit guten  
mehrj. Zeugn., bed. Nährerin. u.  
Jungfern, eine unbed. fl. Beamten-  
tochter, die 7 Jahre geschied. empf.

J. Hardgen, Heiliggeistgasse 100.

Eine tücht. älter. Wirthin., welche  
vors. kost., sowie in d. Landwir-  
tschaft erfahren, empfiehlt für eine  
selbst. Stellung Brohl. Langgarten  
Nr. 63 I. Dasselb. ist eine Wirthin.  
in den 20er Jahren für ein Gut zu  
erfragen.

Gin anständ. jung. Mädchen, welche  
mitmelt und sich die Arbeit  
übernimmt (Besitzer-Tochter) empf.  
für's Land Brohl. Langgarten 63 I.

Verheirathete und unverheirathete  
Küchler mit guten Zeugnissen  
empfiehlt für Stadt u. Land Brohl.

Langgarten 63 I. (7723)

Gin in der Küche, Wäsche u. Platten  
erfahrenes Mädchen sucht zum  
1. Juni Frau v. Antschewich, Mewe.

Jopengasse 63

Octb. die Ober-Saalegate (3 Tr.)  
5 Zimmer u. Zubeh. f. 1000 Mk. v. Anno  
z. verh. Besicht. v. 11—1 Uhr. Näh. vart.

Gr. Wollwebergasse 15 zum Octbr.  
zu vermieten erste Saal-Etage,  
(ca. 6—7 Piccen, reichliches Neben-  
gelaß). Nährer. 2. Etage. Besichtig.  
von 11—1 Uhr. (7766)

Saden

gefücht vor sofort in der Lang-  
gasse, Wollweber- oder Mat-  
tausengasse mit Preisangabe.  
Offeren unter Nr. 7828 in  
der Expedition dieser Zeitung  
erbeten.

hl. Geistgasse 24, 1. Et.

ist ein sein mödl. Zimmer nebst  
Kabinett zu vermieten. (7796)

Langgasse, Bahnhofstraße 1, sind  
zwei sein möblte Zimmer, Betten  
und auf Wunsch Burschengelaß sofort  
zu vermieten.

Malfrank, male frisch an-  
gestellt, empfiehlt  
a. Flasche 1 A. die Weinhandlung  
7706

C. H. Klesau.

Kalser-Passage,  
Widmannsgasse 8.

Heute Dienstag sowie jeden Dienstag  
und Donnerstag

Gr. Künstler-Concert  
mit Solo-Vorträgen von Cello, Pifon  
und Flöte, bei freiem Eintre.

Anfang 7½ Uhr.  
Warme Röcke bis 2 Uhr Nachts  
zu Tagespreisen.

O. Schenck.

Café Noetzl.

Mittwoch, Freitag und Sonntag:

CONCERT.  
Pifon-Soli von Herrn Leit.  
Cello- " " Petian.  
Flöten- " " Borghardt.  
Entre a Person 10 Pf.  
Anfang 4 Uhr. Ende 10 Uhr

Danziger Stadtheater.

Wittwoch, den 27. April. Benefiz für  
Seraphine Ernan. Die Journali-  
sten. Lustspiel in 4 Acten von  
Gustav Freytag. Anfang 7½ Uhr.  
Druck und Verlag v. A. W. Kasten.  
in Danzig.  
Hierzu eine Beilage.

## Auction.

Mittwoch, den 27. April 1887, Vormittags 10 Uhr, sollen im  
Speicher „Feueriger Wagen“, Pfeiffengasse 13, 3 Treppen hoch, öffentlich meist-  
bietet versteigert werden:

ca. 9922 Ag. weiße Bohnen aus der  
Partie Waggon 715,

ca. 9863 Ag. weiße Bohnen aus der  
Partie Waggon 521, verzollt.

Ehrlich. Collas.

7605

Neuheiten in Sonnenschirmen, En-tout-eas,  
Regenschirmen.

Fabrikate prämiert in Wien, Berlin, Philadelphia.  
Moderne halbseidene und seidene Sonnenschirme und En-tout-eas per

Stück 2½, 3, 4 und 6 A.  
Elegante Neuheiten in Sonnenschirmen und En-tout-eas in reichster  
Ausstattung per Stück 8, 9, 10—25 A.  
Neueste Regenschirme für Damen und Herren von 4, 6, 8—25 A.  
Dauernde Regenschirme in Gloria, Halbseide und Seide von 4, 6, 8—25 A.  
Burgenzeitige Sonnenschirme und En-tout-eas werden mit bedeu-  
tendem Berlin verlaßt.

Reparaturen und Bezüge sauber, schnell und billig.  
Schirmfabrik A. Walter vorm. Alex. Sachs Schirmfabrik  
Maschauschegasse. (7811)

# Beilage zu Nr. 16425 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 26. April 1887.

Zeitung.

(Schluß.)

**Abg. Delbrück (Reichsp):** Wir sind nicht im Stande, zu übersehen, wie weit eine Forderung technisch begründet ist. Da bleibt nichts übrig, als uns auf das Votum der Regierung zu verlassen. Dr. Rickert braucht nicht zu bedauern, daß diese Vorlage nicht vor den Wahlen gemacht worden ist. Die Freisinnigen hätten ja dann nicht mit der Behauptung, daß sie jeden Groschen zu bemühen bereit seien, vor die Wähler treten können, und sie wären so vielleicht in noch kleinerer Zahl hierhergekommen. Unsere Fraktion hält einen prinzipiellen Widerstand gegen die Forderung für ausgeschlossen. Im Einzelnen wird vielleicht an kleinen Forderungen zu sparen sein. (Beifall rechts.)

**Bdg. Richter:** Der Vorredner hat zu der Regierung das Vertrauen, daß sie nichts fordert, was nicht notwendig ist, und dieses Vertrauen möchte ich ihm mit der Höhe der Forderung. Dann bleibt aber immer noch das Misstrauen bei ihm übrig, daß sie nicht zu wenig fordert.

Das enthält an den Kriegsminister die Auflösung, sich doch häufiger ja nicht mehr mit Kleinigkeiten abzusagen. (Heiterkeit.) Ich halte bei dieser Vertrauenstheorie allerdings den Parlamentarismus für überflüssig. Das Überwachende bei dieser Vorlage ist, daß ganz abgesehen von der Forderung, welche die Heeresverstärkung notwendig macht, noch 25 Mill. M. mehr gefordert werden, über welche bis dahin nicht die geringsten Anhänger verhandelt waren. Der Kriegsminister sagt, die Vorlage sei zur Zeit der Beratung der Militärvorlage noch nicht fertig gewesen; aber eine ungestrahlte Vorstellung zu erhalten von dem, was noch im Hintergrunde lauerte, daran hätten wir ein Interesse und zu geben war möglich. Wenn man gewußt hätte, welche Militärforderungen aus dem Septennat bevorstanden, so würde dies manches Urteil modifiziert haben. Die Sinsen der neuen Vorlage betragen ungefähr viel als 20 000 Mann an dauernden Kosten. Die Sache stellt sich also so, als ob eine Erhöhung nicht um 40 000, sondern um 60 000 Mann stattgefunden hätte. Das man in jener Zeit von allen diesen Dingen keine Bedeutung gegeben hat, ist um so mehr bestreitlich, als wir damals über die Militärvorstellungen im Ganzen gesprochen haben. Wie oft ist angeführt worden, daß unter Militäratat gegen den französischen und russischen Aufstande hätten wir eine Bedeutung gehabt, daß der Militäratat, der im abgelaufenen Jahre 47 Mill. M. betrug, pro 1887/88 auf 675 Mill. M. gestiegen werden würde, so wäre der Maßstab bei der Beurteilung ein anderer gewesen. Unbequemlichkeiten hätte es uns bei den Wahlen nicht gemacht, wenn diese Forderungen belastet gewesen wären, denn um so mehr wäre es gerechtfertigt gewesen, die Heeresverstärkung auf längere Zeit zu bemühen. War es denn aber nicht wenigstens richtig, bei der letzten Staatsberatung in diesem neuen Reichstage eine gewisse Bedeutung zu geben? In Bezug auf manche Forderungen, z. B. für Kasernebau, Unteroffizierschulen, Erhöhung der Commandozulagen würde wohl der Eifer der Bewilligung weniger groß gewesen sein. Woher hat man überhaupt eine Maßnahme?

Damit man in gegebener Zeit die Gesamtforderungen, die an die Steuerzahler gestellt werden, überblickt und auf Grund einer vollständigen Uebersicht im Stande ist, abzuwegen, was notwendig, was mehr oder weniger nötig sei und was zur Zeit ausreichend werden kann. Diese Möglichkeit ist uns bei der letzten Beratung entzogen worden. Im Augenblick läßt sich zu den einzelnen Forderungen nicht Stellung nehmen, weil dieselben an sich dunkel und die Motive spärlich sind. Nun eine Ausmerzung in Bezug auf die Festungen. Dasselbe wird überwacht sein über die Anleite, weil mit Rücksicht auf die veränderte Westfront auf 1872 120 Mill. M. für alle Infanteriefestungen und 210 Mill. M. für die Umgangsfestungen neuer Festungen ausgegeben worden sind. Wir haben uns bisher um die Verwendung des Reichsverstärkungshaushalts so gut wie garnicht gekümmert. Die Regierung hat freie Hand behalten. Es lag da aber doch die Annahme um so näher, daß auch die nächsten Aenderungen der Waffentechnik schon berücksichtigt sind und daß nicht in einem Augenblide, wo der Kondit noch nicht einmal aufgebrannt ist, schon neue Forderungen in der Höhe von 180 Millionen M. uns gestellt werden. Was die Eisenbahnforderungen betrifft, so haben wir Hunderte von Millionen lediglich aus preußischen Mitteln zu militärischen Bahnen verwendet. Ich wußt' damals im preußischen Abgeordnetenkamme darauf hin, daß das Reich subventionieren müsse; da wurde mir aber vom Minister erwidert: Wir haben im Reich das Prinzip, daß jeder Staat für die Eisenbahnen aufkommen muß, die nach strategischen Rücksichten notwendig sind; es würden sonst auch die süddeutschen Staaten ähnlich Forderungen stellen. Wir haben nur aus eigenen Mitteln gebaut, und nun kommen doch die süddeutschen Staaten. Uebrigens sind auch alte österreichische Grenzbahnen ganz von derselben Art. Bissher haben die süddeutschen Staaten die Selbständigkeit ihrer Bahnen aufrecht zu erhalten gewußt. Indem man nun anfängt, von Reichswege zu subventionieren, wird jedesfalls die Stellung derjenigen nicht gestärkt, die Gegner des Reichseisenbahnpolitik aus politischen und volkswirtschaftlichen Gründen sind. Die Forderungen für Kasernebau, die durch die Heeresverstärkungen notwendig sind, schätzt ich seiner Zeit in der Commission auf 40 Mill. Der Kriegsminister hält die Summe für zu hoch gegriffen. Gleichwohl beträgt die jetzt gefestigte Forderung schon 22 Mill., und dabei wissen wir noch nicht, was noch an weiteren Neubauten hinzukommen wird. Dr. v. Bemmiges meinte, wir haben noch einige Steuerquellen in Deutschland, die nicht ausgenutzt sind. Das kommt mir so vor, als ob es sich bei den Steuern um Schlagabrechnungen handele. Eine jede neue Steuer sieht doch eine größere Belastung der Steuerzahler vor. Wenn diese militärische Forderungen gestellt werden und die Majorität sie für richtig hält, dann sollte man bei neuen Steuern das größte Bedenken haben, nicht bloß zu Gunsten des Reiches, sondern auch zu Gunsten von Interessenten neue Lasten aufzulegen; ich denke an die Brannsteuer, bei der man aus den Mitteln der Allgemeinheit den Kartoffelbrennern Dotationen zugewenden beabsichtigt. Bis jetzt nehme ich noch an, daß Dr. v. Bemmiges eine höhere Belastung des deutschen Budgetconsuls nicht für richtig hält, sondern eine Verminderung der Ausfuhrprämie, das er also eine eigentliche Steuerreform im Gegensatz zur Steuervermehrung im Auge hat. Es ist gerade unverantwortlich, gegenüber solchen militärischen Forderungen auch nur um Wochen die Abhöfung der Exportprämie zu verzögern. 1885/86 sind an Exportprämien 54 Mill. M. gezahlt worden. Das sind 21 Mill. M. mehr als man braucht, um die ganze Belastung durch den Nachfrageüberschuss zu tragen; denn dieser erforderlt nur 22 Mill. M. an Befreiung. Während ich selbst bisher der Meinung war, daß 8-8½ Cr. Raten zu einem Cr. Hafer notwendig seien, entnehme ich einer Befreiung meines sachverständigen Freundes Witte, daß in der diesjährigen Campagne kaum etwas über 7 Cr. dazu gebraucht werden seien. Für 3 Cr. Raten wird also die Steuer zurückgezahlt, die nicht entrichtet ist, das bedeutet eine Ausfuhrprämie von 2½ %. Es ist durchaus unmoralisch, die Ausbeutung des Volkes durch eine Unzahl Baderprinzen um Millionen und nur über diese Saison hinauszubauen. (Lebhafte Beifall links.)

**Schultheiß Jacob:** Die Reform der Brandersteuer ist nicht hinter die der Brannsteuer zurückgestellt worden; hinter werden als gleich wichtig betrachtet, wenn auch die eine Vorlage früher als die andere kommen sollte.

**Abg. Grad (El):** Gegen das Septennat haben wir gestimmt, aber wir können uns der Pflicht nicht entziehen, darüber zu sprechen, wie die notwendigen Ausgaben im Interesse unserer Heimat am besten gedeckt werden können. Die Einführung des Tabakmonopols, welches in Preußen bedeutende Einnahmen abwirft, hat in Deutschland keine Aussicht; nur so notwendiger ist die Erhöhung der Brannsteuer.

**Abg. Schnäurer (SOC):** Weist darauf hin, wie bei den Wahlen die Kriegsfürcht benutzt worden sei, um die Männer, welche den militärischen Forderungen eine Ablehnung entgegenstellt, als schlechte Patrioten gebrandmarkt hätte. Die Sozialdemokraten können ebenso wenig wie sonst den Staat dieser Nachfrage setzt bewilligen.

**Die Vorlage wird der Budgetcommission überwiesen.**

Es folgt die erste Beratung der Novelle zu den Gesetzen über die Quartierleistungen und über die Naturalleistungen für die bemannte Macht im Frieden.

**Die Abg. v. Buol (Centr.), Struckmann (nat.-lib.) und v. Küller (cons.):** sprechen ihre Befriedung darüber aus, daß die Vorlage einer ganzen Reihe von Beschwerdepunkten Abhilfe bringe.

**Die Vorlage wird an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen.**

**Nächste Sitzung: Dienstag.**

## Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 25. April.

**Der Ministerische Ministerpräsident Fürst Bismarck, v. Boden, Mandach, v. Böttcher und Commissarien.**

Auf der Tagordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze.

Bu. Art I., welcher die Eröffnung von Priesterseminaren in Sachsen und Limburg gestattet und die Beschränkung aufhebt, daß die Seminare nur von Angehörigen des betreffenden Sprengels besucht werden dürfen, erhält das Wort.

**Abg. v. Hüllen (cons.):** welcher sein Zustimmungsvotum vor seinen Wählern und vor den ihm nahestehenden evangelischen Kreisen rechtfertigen will. Der Culturfeld ist eine fallige Mahnung, durch welche die Macht der katholischen Kirche nur verstärkt worden ist. Wenn wir jetzt Nein sagen, fällt die Vorlage in den Brunnen. Die Methode der Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, welche jetzt erfolgt ist, halte ich für die richtige. Ich hoffe, daß den Forderungen der evangelischen Kirche, welche aus den neu geschaffenen Verhältnissen erwachsen, Rechnung getragen wird.

Art. I. wird darauf genehmigt, ebenso Art. II., welcher der Einspruch betrifft, Art. VI., welcher die Vorschriften, daß die Disziplinarenbeschlüsse dem Oberpräsidenten mitgeteilt werden müssen, aufhebt. Und Art. IV., welcher das Gesetz betr. die Grenzen des Gebrauchs kirchlicher Strafen und Bußmittel teilweise bestätigt. Für die Vorlage stimmen die Conservativen, der größte Theil der Freiconservativen, das Centrum, die Polen und ein Theil der Nationalliberalen, darunter v. Biele, v. Schenkendorf, Reinhold, Knobels, Dr. Deede, Bogen.

Art. V. handelt von der Zulassung der Orden. **Abg. Birkow:** Wie machen oft die Erfahrung, daß Gesetze in ihrer Formulierung bei ihrer späteren Fertigstellung anders aufgezogen werden, als wir es beabsichtigt haben. Um dieser Eventualität bei Art. V. vorzubeugen, möchte ich eine authentische Auflösung vor den Fahrt die Zulassung dieses Art. gewinnen. Das alte Ordensgesetz von 1875 hatte 5 Paragraphen. Das dieses Gesetz nicht völlig aufgehoben ist, steht in diesem Artikel. Es ist aber nicht bestimmt, gelöst, welche Paragraphen verändert werden, und welche nicht, und dadurch wird eine nicht geringe Unsicherheit geschaffen.

Die Sache selbst liegt es mir fern, die Orden vom aggressiv confessionellen Standpunkte aus zu betrachten. Sie sind aber das eigentliche streitbare Rüstzeug der katholischen Kirche, und das hat für uns in der That etwas Beunruhigendes. Auch liberale Katholiken sind der Ansicht, daß die Kirche, wie in fast allen katholischen Nachbarländern ohne diese Orden auskommen könnte. Am mindesten bedeckt für mich ist der § 3, nach welchem den Orden die Ausbildung von Missionären übertragen werden soll. Sehr viel weniger kann ich mich befreunden mit der Bestimmung, wonach den Orden die Erziehung der weiblichen Jugend in den höheren Mädchenschulen gestaltet werden sollen. Bekanntlich hat sich der Kultusminister nur auf das Andringen des Ministerpräsidenten zu diesem Zugeständnis begeben lassen. Ich begreife nicht, weshalb der Ministerpräsident Sympathien für diese Concession hat, denn dieselbe steht in Widerspruch mit den Volzgesetzen. Der Zweck derselben, die Negierung der polnischen Landeskirche, wird gefährdet, wenn die Orden die Macht der polnischen Kirche verstärken. Man wendet ein: es sei doch besser, den Kindern, statt sie ins Ausland zu schicken, eine nationale Erziehung im Inlande zu geben. Der Zweck wird viel sicherer erzielt, wenn die Eltern ihre Kinder in gute bürgerliche Schulen schicken, darüber werden Sie doch nicht im Zweifel sein! (Lebhafte Widerrede im Centrum) Klöster werden doch nicht für nationale Zwecke eingerichtet, sondern für kirchliche. Diese Concession würde aber noch weitere Consequenzen mit sich führen; denn nachdem Sie das erreicht haben, daß die höheren Mädchenschulen Ihnen Orden überliefern werden, lebt ich den Tag ziemlich nahe, wo Sie auch die unteren Schulen für Ihre Orden reklamieren werden. Ich möchte die Regierung bitten, sich zu vergegenwärtigen, zu welchen Consequenzen dieses Gesetzes führt. Den Ministerpräsidenten erwarte ich nochmals an die Herrenbaustellung vom 14. April 1875, wo er sich prinzipiell vom evangelischen Standpunkte aus für die Notwendigkeit des Culturfeldes aussprach. (Redner verliest den betr. Punkt.) Als er damals sogar vor der Gefahrung seiner Seligkeit sprach, konnten wir nicht wissen, daß dieser Kampf einen anderen Zweck habe, als daß Centrum auf der Welt zu schaffen. (Beifall links.)

**Abg. v. Meyer-Arnswalde (cons., bei l. Fract.):** Ich stimme für das ganze Gesetz und also auch für diesen Artikel, und zwar bin ich in der glücklichen Lage, dies ohne irgend welche Schwierigkeiten thun zu können. (Heiterkeit.) Ich rede darauf, daß den katholischen Orden gegenüber das Institut der evangelischen Diakonissinnen weiteren Ausgebildet werden wird.

**Abg. v. Giese (n.):** Meine politischen Freunde haben die namentliche Abstimmung über diesen Artikel beantragt; wir wollen bei diesem Artikel, der über die ursprüngliche Vorlage hinausgeht, bestehen, daß wir außer Stande sind, selbst unter den vorwaltenden politischen Verhältnissen das Gesetz mit diesem Artikel anzunehmen.

**Abg. v. Nek (cons.):** sieht keine Veranlassung, die Ordnern auszuweichen, da Preußen an religiösen Männern wahrlich keinen Übelruf habe.

**Abg. v. Ziembowski (freicon.):** Wenn ich mich gegen Art. V. zum Worte gemeldet habe, so habe ich nicht den Auftrag meiner Partei, gegen den Artikel zu sprechen. Es sind nicht confessionelle, sondern schwerwiegende politische Bedenken, welche mich zum Widerstand veranlassen. Es gibt kaum ein wirkameres Mittel für die Stärkung der politischen Agitation, als die Zulassung der Orden, sowohl der männlichen, wie der weiblichen. Die männlichen Orden der Philippiner und der Franziskaner waren die eifrigsten Agitatoren für die polnische Sache.

**Fürst Bismarck:** Die Regierung ist keineswegs blind gegen die Bedenken, welche der Vorredner geäußert hat. Sie hat sich aber nichtsdestoweniger entschieden müssen, Ihnen die gesammelte Vorlage, wie sie aus dem Herrenhaus gekommen ist, zu empfehlen, weil durch das Abwickeln eines Theiles das Zustandekommen der Friedensverhandlungen mit der Türkei würde gefährdet werden, und weil die Regierung glaubt, auf das allgemeine Staatsinteresse ein größeres Gewicht legen zu müssen, als auf lokale Missstände, welche durch die Vorlage entsteht.

**Abg. Windthorst:** Die Verhandlungen bieten ein großes Material zur Erwiderung. Ich habe über diese Befürchtungen zu erläutern. Wir haben uns der Diskussion enthalten, damit nicht irgend eine Antwort dazu beitragen könnte, die ruhige, friedliche Stim-

mung zu stören. Ich möchte nur noch bemerken, daß der Verlust, hier einseitige Interpretationen herbeizuführen, ein vergeblicher ist. Sind die Bestimmungen nicht deutlich genug, dann muß die Interpretation geschehen bei den Gesamtverhandlungen aller Faktoren, die hier mitgewirkt haben. Diese Verwahrung müssen wir machen. Auch bezüglich der Ausführungen des Vorredners schweige ich für heute.

**Abg. Hagens (n.):** heißt die Bedenken, welchen v. Ziembowski Ausdruck gegeben, und spricht die Hoffnung aus, daß die evangelischen Kirche der Provinz Posen eine größere Bereitschaft zeigen werden möge als bisher.

**Abg. v. Dziedzicki:** Die polnische Fraktion ist durch die Bemerkung des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wenn einige meiner politischen Freunde gegen den Artikel 5 stimmen werden, so geläßt das nicht aus Mangel an Friedensliebe. Wir wünschen die Beendigung des Culturfeldes, aber die Verbäßtäfe in Posen und Westpreußen beeinflussen unsere Stellung zu diesem speziellen Artikel.

In namentlicher Abstimmung wird darauf Art. V. mit 220 gegen 111 Stimmen angenommen, 22 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung, nämlich die conservativen Abgeordneten Bobk, L'Parde, Dasselbach, Graf Limburg-Stirum, v. Minnigerode, Graf Nositz und v. Quadt, die freiconservativen Abgeordneten Freiherr Douglas, Faber, Graf von Grais, Hassen, Höhne, v. Pilgrim, Schreiber (Nordhausen), v. Schwarzkopf, Stengel, Voßkau, Weidlich, Weiß, Wetlich und v. Bedig.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. Behr-Dt. Krone (freicon.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wenn einige meiner politischen Freunde gegen den Artikel 5 stimmen werden, so geläßt das nicht aus Mangel an Friedensliebe. Wir wünschen die Beendigung des Culturfeldes, aber die Verbäßtäfe in Posen und Westpreußen beeinflussen unsere Stellung zu diesem speziellen Artikel.

In namentlicher Abstimmung wird darauf Art. V. mit 220 gegen 111 Stimmen angenommen, 22 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung, nämlich die conservativen Abgeordneten Bobk, L'Parde, Dasselbach, Graf Limburg-Stirum, v. Minnigerode, Graf Nositz und v. Quadt, die freiconservativen Abgeordneten Freiherr Douglas, Faber, Graf von Grais, Hassen, Höhne, v. Pilgrim, Schreiber (Nordhausen), v. Schwarzkopf, Stengel, Voßkau, Weidlich, Weiß, Wetlich und v. Bedig.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Hüllen (cons.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Biele (Centr.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Schenkendorf (Centr.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Reinhold (Centr.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Knobels (Centr.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Deede (Centr.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Bogen (Centr.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Bogen (Centr.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Bogen (Centr.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Freiconservativen, der Polen und der Deutschen Bank.

**Abg. v. Bogen (Centr.):** bestätigt die Ausführungen des Hrn. v. Ziembowski für Westpreußen.

Wit Nein stimmen die Nationalliberalen ab, die Abgeordneten der Fre

